

Der Erdgipfel von Rio und die Alpenkonvention

Seit dem Erdgipfel von Rio de Janeiro im Juni 1992 ist der Begriff der «nachhaltigen Entwicklung» in aller Munde. In keiner internationalen Verlautbarung seit Rio fehlt der Hinweis auf die Nachhaltigkeit.

Da die Alpenkonvention bereits sieben Monate zuvor, im November 1991, unterzeichnet wurde, sucht man darin den politischen «Schlüsselbegriff des 21. Jahrhunderts» vergeblich. Doch die wesentlichen Elemente der Nachhaltigkeit finden sich bereits in der Präambel der Rahmenkonvention: Die Alpen sind Lebens- und Wirtschaftsraum für die einheimische Bevölkerung, und die wirtschaftlichen Interessen müssen mit den ökologischen Erfordernissen in Einklang gebracht werden.

Die Durchführungsprotokolle, die im Verlaufe der neunziger Jahre erarbeitet wurden, lehnen sich ausdrücklich an die Terminologie von Rio an. Sie beginnen allesamt mit dem Satz, dass die Vertragsparteien mit der Alpenkonvention den Auftrag erhielten, «eine ganzheitliche Politik zum Schutz und zur nachhaltigen Entwicklung des Alpenraums sicherzustellen». Zurecht gilt die Alpenkonvention mit ihren Protokollen als das bisher umfassendste Konzept für die nachhaltige Entwicklung einer Grossregion. Doch das beste Konzept nützt nichts, wenn der Wille und die

Mittel zur Umsetzung fehlen. Die Bilanz der letzten zehn Jahre ist ernüchternd. Die Probleme sind erkannt, die Lösungswege skizziert, doch auf einem Nachhaltigkeitskurs befinden wir uns (noch) nicht.

179 Staaten haben sich vor zehn Jahren in Rio auf ein Aktionsprogramm für eine sozial, wirtschaftlich und umweltmässig nachhaltige Entwicklung geeinigt. Die Agenda 21 ist ein umfangreiches Arbeitsprogramm für das 21. Jahrhundert. Sie will weltweit die Armut bekämpfen und eine hohe Qualität der Umwelt erreichen. Kapitel 28 der Agenda 21 unterstreicht, dass den Lokalbehörden bei der Durchsetzung einer nachhaltigen Entwicklung eine Schlüsselrolle zukommt. Deshalb sollte jede Lokalbehörde bis 1996 ihre Bürger befragt und eine massgeschneiderte «lokale Agenda 21» ausgearbeitet haben.

Dieses ambitionöse Ziel des Erdgipfels von Rio wurde nicht erreicht, aber immerhin hat die CIPRA mit der Initiierung des Gemeindeforschungsnetzwerks «Allianz in den Alpen» den Anstoss für einen Prozess gegeben, der mittlerweile Schule gemacht hat (siehe auch den Artikel auf Seite 9). Auch ausserhalb dieses Gemeindeforschungsnetzwerks sind in Dutzenden, ja Hunderten von Gemeinden «Agenda-21-Prozesse» in Gang gekommen. BürgerInnen und Behörden haben sich zusammen gesetzt und gemeinsam Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung erarbeitet.

Während die Gemeinden die Agenda 21 und die Alpenkonvention als wertvolles Werkzeug für die Gestaltung ihrer Zukunft begreifen, zeigen die nationalen Behörden wenig Initiative. Sie stellen kaum Mittel für die Agenda- und Alpenprozesse zur Verfügung und setzen abgesehen von wenigen Ausnahmen die Alpenkonvention kaum um, lange Jahre mit dem Hinweis darauf, dass die Durchführungsprotokolle nicht ratifiziert seien.

Dies muss sich schleunigst ändern, denn die Zukunftsfragen drängen. Nach dem Inkrafttreten der Durchführungsprotokolle noch in diesem Jahr müssen die Vertragspartner der Alpenkonvention beweisen, dass sie die Aspekte der nachhaltigen Entwicklung Ernst nehmen. Nicht nur mit Lippenbekenntnissen, sondern mit konkreten Projekten und finanziellen Mitteln.

*Andreas Weissen,
Präsident CIPRA-International*

